



HESSISCHER LANDTAG

05. 09. 2019

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der SPD

Für ein Hessen in einer Welt ohne Bedrohung durch Atomwaffen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag bedauert die Aufkündigung des INF-Vertrages durch die USA und durch die Russische Föderation.
2. Der Hessische Landtag setzt sich für die weltweite vertragsgestützte Abrüstung von Atomwaffen, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie konventioneller Rüstung ein. Der drohende Zerfall der bestehenden Regime für Rüstungskontrolle und Abrüstung muss verhindert werden.
3. Der Hessische Landtag verfolgt im Sinne des Artikels 69 der Hessischen Verfassung das Ziel einer Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Der Hessische Landtag begrüßt, dass sich große Teile der internationalen Staatengemeinschaft und viele zivilgesellschaftliche Organisationen, wie zum Beispiel die 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete International Campaign to Abolish Nuclear weapons (*ICAN*) für die weltweite Abschaffung dieser Waffen einsetzen.
4. Der Hessische Landtag wendet sich gegen Gedankenspiele über die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht oder gar eine atomare Bewaffnung Deutschlands. Solche Überlegungen dienen nicht dem Frieden, sondern sie untergraben Grundelemente deutscher und europäischer Sicherheit!
5. Der Hessische Landtag erinnert daran, dass sich Deutschland im Zwei-plus-Vier-Vertrag und im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) völkerrechtlich zum ausdrücklichen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen verpflichtet. Allerdings erleben wir derzeit weltweit und auch in Europa einen anderen Trend: Den zur Aufrüstung im nuklearen wie im nichtnuklearen Bereich. Der Hessische Landtag unterstützt daher regionale Initiativen für Zonen, die frei von Massenvernichtungswaffen sind.
6. Der Hessische Landtag setzt sich dafür ein, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrags die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden.

Wiesbaden, 5. September 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Günter Rudolph